

# Schmeckt nach Gefängnis ...

Sogenannte AnKER Zentren (Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung) haben für Kinder und Jugendliche nicht viel zu bieten. Angst, Frust und Isolation gehören zum Alltag in Bamberg, Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain. Von Sebastian Schulke, auf Grundlage einer Recherche von Thomas Bollwein und der Studie *Kein Ort für Kinder von terre des hommes*

**P**lötzlich sind laute Schreie zu hören, Türen werden aufgerissen und Menschen mitten in der Nacht abgeführt, abgeschoben. Die Stille der Nacht wird wie ein weißes Tuch zerrissen. Monströse Gestalten in bedrohlich wirkenden Uniformen stürmen in ein Gebäude, in Zimmer und zerren Frauen und Männer heraus, nehmen sie mit. Die anderen Bewohner\*innen stehen hilflos da. Ihr Protest, ihre Wut und Angst prallen an den dicken Uniformen, auf denen Polizei steht, ab. Auch Kinder und Jugendliche bekommen das grausame Spektakel hautnah mit. Ihre weit aufgerissenen Augen sind mit Furcht getränkt ... Hört sich nach einer Filmszene in einem Psychothriller à la Hollywood an, in dem gnadenlose Gangster ihr Unwesen treiben. Dieses Schauspiel hier ist jedoch nicht fiktiv. Es ist real – und kein Einzelfall. Tatort sind die sogenannten AnKER-Zentren in Deutschland, in denen nicht nur die Stille der Nacht, sondern auch die Rechte der Menschen, jung wie alt, offenbar mit Füßen getreten werden.

Stimmt das? Trifft das wirklich zu? Wir wagen einen Blick hinter die Kulissen der AnKER-Zentren – in Bamberg sowie Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain – offiziell zwei Aufnahmeeinrichtungen, die allerdings nach dem AnKER-Konzept funktionieren; wollen wissen, wie es vor allem Kindern und Jugendlichen ergeht. Doch das ist gar nicht so einfach. Denn Journalist\*innen oder auch NGOs (Nichtregierungsorganisationen) dürfen nur mit spezieller Erlaubnis in so ein „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“ (AnKER). In diesen Zentren soll das gesamte Asylverfahren inklusive Abschiebungen stattfinden – ganz schnell und schmerzlos.

AnKER-Zentren liegen oft am äußersten Rand einer Stadt oder Gemeinde und werden von hohen Zäunen – gerne mit Stacheldraht – umgeben. Sicherheitsdienste bewachen das Gelände wie ein Straflager. Die Menschen darin sind größtenteils von der Außenwelt abgeschnitten. Nichts Neues eigentlich. In unserer modernen und freiheitsliebenden Gesellschaft führt das jedoch zu keinen größeren Protesten. Doch in diesen Lagern befinden sich keine gemeinen Sträflinge, sondern Menschen, die sich auf der Flucht befinden – Familien, Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer.

Wie in Bamberg. Dort leben zurzeit 1065 Personen. Laut dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* sollen Geflüchtete maximal 24 Monate in einem AnKER-Zentrum untergebracht sein, Familien mit Kindern nicht länger als sechs Monate. Die Realität sieht jedoch anders aus. Die einzelnen Verfahren verzögern sich oft, quälen sich durch die Mühlen der schwerfälligen Bürokratie. „Die lange Verweildauer ist für alle Betroffenen eine große Belastung“, berichtet ein Ehrenamtlicher in Bamberg, der seinen Namen nicht nennen möchte. „Die Perspektivlosigkeit, Unsicherheit, Angst vor Abschiebung und fehlende Privatsphäre zehren an den Nerven vieler Bewohner und verursachen nicht selten auch psychische Probleme. Kinder leiden im Lager stark unter den mangelnden Betreuungsmöglichkeiten. Das ist umso gravierender, je länger sie gezwungen sind, im Lager zu bleiben.“ Das gilt für Bamberg in Bayern und ebenso für Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain in Brandenburg.

Seit August 2018 gibt es AnKER-Zentren, die Bundesinnenminister Horst Seehofer ins Leben gerufen hat und bereits im vergangenen Jahr als eine beziehungsweise seine „Erfolgsgeschichte“ bezeichnete. Zehn offizielle AnKER-Zentren sind bislang in Deutschland entstanden, davon allein sieben in Bayern. In Bayern gibt es allerdings noch zusätzlich 21 Dependancen. Dazu gesellen sich immer öfter Erstaufnahme-Einrichtungen, die das AnKER-Konzept übernehmen. „Die enge Zusammenarbeit der Behörden unter einem Dach bewährt sich und führt zu deutlich kürzeren Bearbeitungszeiten“, so Seehofer. Nur ausgerechnet das Jugendamt ist bei keinem der drei Standorte hier direkt vertreten. Dem AnKER-Konzept entspricht das nicht, wird jedoch nicht weiter in Frage gestellt. Und das sind nicht die einzigen Ecken und Kanten dieser sogenannten Erfolgsgeschichte.

Das Gelände in Bamberg ging aus einer ehemaligen Kaserne des US-Militärs hervor und ist wie eine kleine Stadt für sich eingerichtet. Es gibt eine Kantine vor Ort, eine Schule und eine Kleiderkammer. Ärzt\*innen sorgen für die medizinische Versorgung. Auch eine Außenstelle des Verwaltungsgerichtes Bayreuth ist vorhanden. Ein eigener Shuttle-Bus bringt die Geflüchteten in die Innenstadt bei Bedarf. An einem ausgewiesenen Platz im Lager ist WLAN vorhanden. Die Asylsozialarbeit wird durch *Diakonie*, *Caritas* und *Arbeiterwohlfahrt* abgedeckt, diese sind allerdings personell extrem unterbesetzt.

Die Strukturen sind in Eisenhüttenstadt sowie Doberlug-Kirchhain sehr ähnlich. Nur das dort Familien und allein eingereiste Frauen von den Männern getrennt wohnen. Außerdem können die Bewohner\*innen ihre Zimmer absperren. Das ist in Bamberg nicht so. Die Zimmer werden regelmäßig durch den Sicherheitsdienst kontrolliert. Privatsphäre? Gibt es nicht. „Dass die Wohnungen und die einzelnen Räume nicht abschließbar sind, hat Sicherheitsgründe“, erklärt die Regierung von Oberfranken. „Es gilt zu gewährleisten, dass niemand eingesperrt werden kann, Wohnungen und Räume im Notfall – wie ein Feueralarm – jederzeit betreten werden können.“ Das persönliche Recht jeder\*s Einzelnen, sich in den eigenen vier Wänden, auch wenn diese in einem AnKER-Zentrum sind, ungestört und frei bewegen zu können, spielt offenbar für die Behörden keine Rolle, hat keine Relevanz.

Kommen wir zum Schulsystem. Um die 200 schulpflichtige Kinder im Alter von sechs bis 19 Jahren tummeln sich allein im AnKER-Zentrum von Bamberg. Dort gibt es eine Grund-, eine Mittel- und eine Berufsschule. Liest sich gut. Doch in den Schulen

findet hauptsächlich Sprachunterricht statt. „Das Schulsystem in Bamberg ist unzureichend und kann nicht das Recht auf Beschulung, das den Kindern zusteht, erfüllen“, sagt eine Ehrenamtliche. „Vor allem Kinder, die lange im Lager bleiben müssen, sind hier

## ***In Eisenhüttenstadt wird 16- und 17-Jährigen Schule sogar komplett verwehrt***

im Nachteil, da der Stoff immer wieder von vorne beginnt und wiederholt wird, wenn neue Kinder hinzukommen. Sie hängen so in einer Schleife und kommen nicht voran, wie sie es in einer Regelschule könnten.“ Das ist auch in Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain nicht anders. Diese Segregation, die sich in den AnKER-Zentren durch alle Lebensbereiche und den Alltag zieht, steht im Widerspruch zu dem integrativen Zweck, den Schulen eigentlich erfüllen sollen.

In Eisenhüttenstadt wird 16- und 17-Jährigen Schule sogar komplett verwehrt. Sie passen scheinbar nicht in das schulische Fördermodell, sind zu alt. „Den Jugendlichen fehlt so eine Beschäftigung und Tagesstruktur. Sie verlieren wertvolle Zeit in ihrer Bildungskarriere“, sagt ein Mitarbeiter des *Deutschen Roten Kreuzes*, der vor Ort mit den jungen Menschen arbeitet. „Es gab einen Jungen, der sehr gut Deutsch gesprochen hat, aber schon 16 Jahre alt war, und weder in der Schule innerhalb des Ankerzentrums noch in der Schule in Eisenhüttenstadt aufgenommen wurde. Das Einzige, was er jetzt macht, ist einmal pro Woche Kickboxen, da sonst nichts für ihn gefunden wurde.“

Kindertagesstätten und eine regelmäßige Kinderbetreuung sucht man bei den drei AnKER-Zentren vergeblich, obwohl die Kinder Anspruch darauf haben. Immerhin gibt es in Doberlug-Kirchhain einen Jugendclub. Trotzdem fehlt es an sozialpädagogischer Betreuung und Freizeitangeboten. Besonders schwer wiegt die fehlende Begegnung mit anderen Kindern und Jugendlichen aus der Umgebung, wie auch das Gefühl, frei und willkommen zu sein. Hohe Zäune und Stacheldraht verhindern das, verderben beim Schaukeln auf dem separierten Spielplatz den Spaß, schmecken nach Gefängnis – innerhalb wie außerhalb dieser AnKER-Mauern.

Sebastian Schulke  
*lebt in München, ist  
freier Journalist und  
verabscheut Anker,  
die nichts mit Meer  
und See zu tun  
haben.*

„Ich habe verschiedene Reaktionen von Kindern auf die belastende Situation erlebt“, berichtet ein Ehrenamtlicher in Bamberg. „Manche werden sehr ruhig, passiv, beobachtend und extrem angepasst. Beispielsweise solche, die auf jüngere Geschwister aufpassen müssen. Während ihre Eltern im Deutschkurs sind, weil es keine Kinderbetreuung gibt, werden sie zu kleinen Erwachsenen, obwohl sie noch im Grundschulalter sind.“ Andere Kinder im Lager seien aggressiv und stark aufgedreht. Sie seien unterfordert und nicht ausgelastet, hätten zu wenig Anregungen sowie Bewegungs- und Freiräume. „Die einzigen Betreuungsangebote sind ehrenamtlich organisiert und ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viele Kinder sind traumatisiert von Ereignissen vor oder während der Flucht und zeigen Verhaltensauffälligkeiten von großer Aggression bis Sprachlosigkeit. Wären sie in regulären Kindergärten in Deutschland, würde ihnen sicherlich ein erhöhter Förderbedarf oder psychotherapeutische Unterstützung attestiert und zuteil – im Lager dagegen bekommen sie keines von beidem.“

Ans Jugendamt können sich die Eltern in so einem Fall nicht wenden. Es gibt wie bereits erwähnt keine direkte Anlaufstelle in Bamberg, Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain. Und das sind keine Einzelfälle. Die Jugendämter greifen erst ein, wenn Kinderschutzmeldungen vorliegen. Sozialpädagogische Hilfen zur Erziehung werden in der Regel nicht geleistet. Ab wann ein Gefährdungsgrad vorliegt, der an das Jugendamt gemeldet wird, wird vor Ort entschieden. Im Klartext: Die Eltern und deren Kinder, die sich ohnehin schon in einer sehr prekären und schwierigen Lebenssituation befinden, werden mit all ihren Sorgen, Fragen und Problemen alleine gelassen. Faktisch wird damit oft nur repressiv auf Kindeswohlgefährdungen und Erziehungsprobleme reagiert, präventiv und erziehungsbegleitend ist das Jugendamt nicht aktiv.

Als ob das nicht schon genug wäre, kommen die traumatisierenden Einsätze der Polizei mitten in der Nacht hinzu. „Wenn die Polizei anrückt, um Bewohner abzuschieben, werden nicht nur die Mitbewohner\*innen der umliegenden Wohnungen, sondern auch der gesamte Wohnblock in Aufruhr versetzt und aus dem Schlaf gerissen“, sagt ein Ehrenamtlicher in Bamberg. Ein DRK-Mitarbeiter in Eisenhüttenstadt meint: „Wenn eine Abschiebung passiert, dann ist das wie eine Kettenreaktion. Dann ist die Angst allgegenwärtig. Alle fragen sich dann: Wann trifft es mich, wann kommen sie mich holen?“

Und obwohl die Behörden gerne betonen, dass die Einheit der Familie von erheblicher Bedeutung ist und

auch bei Abschiebungen gewahrt wird – eine Trennung der Familie könne nur in Extremfällen, insbesondere bei Straffälligkeit vorkommen – sieht die Realität auch dort anders aus. Ein Ehrenamtlicher in Bamberg berichtet: „In einem Fall wurden Vater und Kinder ohne die Mutter, die am Abschiebetag einen Termin beim BAMF in Zirndorf hatte, nach Russland abgeschoben. Noch am Flughafen in Moskau wurde der Vater verhaftet und die Kinder von den russischen Behörden in eine Notaufnahme gebracht.“

Dass es sich hier um reale Szenarien handelt, möchte und will man eigentlich nicht glauben. Ein fiktiver Psychothriller à la Hollywood wäre einem da lieber. Doch der Blick hinter die Kulissen in Bamberg, Eisenhüttenstadt und Doberlug-Kirchhain offenbart und bestätigt: AnKER-Zentren haben nichts mit einer menschenwürdigen oder gar kindergerechten Unterbringung zutun. Integration, Partizipation, Interaktion, Respekt und Solidarität sowie die Rechte für Kinder und Jugendliche werden an diesen Orten mit Füßen getreten. Das darf nicht sein; muss sich schleunigst ändern. Schließlich sollte einem so ein Anker doch nicht nur auf hoher See Halt und Sicherheit geben ...<

*In dem vorliegenden Artikel wurden einige Zitate dem Bericht Kein Ort für Kinder - Zur Lebenssituation von minderjährigen Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen entnommen. Die Autor\*innen haben darin für terre des hommes die Situation von Kindern und Jugendlichen in Aufnahmeeinrichtungen und in den seit 2015 stark veränderten politischen und rechtlichen Kontext eingeordnet. Dazu wurden Aufnahmeeinrichtungen in Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg besucht und mit dort tätigen Akteur\*innen gesprochen, darunter die Träger der Einrichtungen sowie die jeweiligen Betreiber, aber auch Jugendämter, Polizei und Landesbehörden.*

*Die gesamte Studie ist hier nachzulesen:  
[https://www.tdh.de/fileadmin/user\\_upload/inhalte/04\\_Was\\_wir\\_tun/Themen/Weitere\\_Themen/Fluechtlingskinder/2020-06\\_terre-des-hommes-AnkerRecherche.pdf](https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Weitere_Themen/Fluechtlingskinder/2020-06_terre-des-hommes-AnkerRecherche.pdf)*